

Die Gemeinschaftsschule – eine Schule für alle



DIE LINKE.

Vorwort

Die Bildungsdebatte in Deutschland reißt nicht ab. Nachdem mehrere internationale Bildungsstudien belegen, dass bis heute in Deutschland die Abhängigkeit der Bildungsmöglichkeiten und des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft besonders hoch ist und die Lernergebnisse mit denen anderer Staaten insgesamt nicht mithalten können, sehen fast alle politischen Kräfte Veränderungsbedarf. Auch im Nationalen Bildungsbericht 2012 der Bundesregierung und der Länder wird festgestellt, dass unser Bildungssystem in entscheidenden Punkten rückständig ist. Schon 2008 hatte die Bundeskanzlerin auf dem Bildungsgipfel in Dresden Bildungsfragen zur Chefsache erklärt. Die von ihr ausgerufenen Bildungsziele wurden jedoch allesamt nicht erreicht. Trotzdem: In vielen Bundesländern gibt es inzwischen Veränderungen: die Hauptschule als eigenständige Schulform wird in fast allen Ländern abgeschafft, mehr Kinder mit und ohne Beeinträchtigung sollen gemeinsam lernen. Es gibt Anstrengungen, für eine innere Schulreform, für bessere frühkindliche Bildung, für den Ausbau von Ganztagsangeboten, für bessere berufliche Orientierung schon an der Schule. Dennoch bezweifeln wir, dass ohne eine Überwindung des gegliederten Schulsystems die bestehenden Defizite auszuräumen sind. DIE LINKE streitet gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Kräften für eine grundlegende Bildungsreform. Dies ist für uns ein zentrales Anliegen, für das wir in Bund und Ländern wirken und Verantwortung übernehmen.

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgen wir die gesellschaftliche Debatte um die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems in Deutschland. Die Zustimmung zu einer Schule für alle wächst. Ein wichtiges Zeichen für ein Umdenken ist es, dass sich nicht nur Gewerkschaften, sondern auch immer mehr Unternehmerinnen und Unternehmer im Interesse besseren Fachkräftenachwuchses für Entwicklungen in Richtung eines längeren gemeinsamen Lernens an den Schulen aussprechen. Manche sehen allerdings schon in der Abschaffung der Hauptschule die Lösung. Auch wenn wir das nicht teilen, nehmen wir diese Bestrebungen als einen Ansatz, für die von uns und anderen gesellschaftlichen Kräften geforderte weiter gehende Reform hin zu Gemeinschaftsschulen zu werben.

*Wir wollen eine Gemeinschaftsschule als Schule für alle.
Dazu wollen wir mit Ihnen in die Diskussion kommen.
Wir wissen, dass die Ausgangslagen in den Ländern ganz*

unterschiedlich sind und darum verschiedene Wege dorthin gefunden werden müssen. In Berlin konnten sich seit Beginn des Pilotprojekts Berliner Gemeinschaftsschulen im Schuljahr 2008/2009 viele Schulen zu Gemeinschaftsschulen entwickeln. Der große Zuspruch zu dieser Schulform und die erreichten Ergebnisse, die in wissenschaftlichen Begleit- bzw. Vergleichsstudien belegt sind, bestätigen die Richtigkeit dieses Ansatzes für eine grundsätzliche Umgestaltung des Schulsystems in Deutschland. Die Gemeinschaftsschule, in der alle Kinder und Jugendlichen länger gemeinsam lernen, verringert nachgewiesen die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft. Sie kann mehr Schülerinnen und Schüler zu Bildungserfolgen und höheren Schulabschlüssen führen.

Mit dieser Broschüre legen wir Ihnen eine neue, überarbeitete Auflage unseres schulpolitischen Ansatzes vor. Sicher werden sich unsere Vorstellungen von der Gemeinschaftsschule auch künftig aufgrund neuer Erfahrungen weiterentwickeln. Doch den Beginn einer umfassenden Bildungsreform – den brauchen wir jetzt.

Inhalt

1. Bildung ist ein Menschenrecht – Zum Bildungsverständnis der LINKEN	6
2. Länger gemeinsam lernen – Worauf begründet sich unser Ansatz?	8
2.1. Was kritisieren wir am derzeitigen Bildungssystem?	9
2.2. Was ist unser Konzept?	11
3. Moderne Bildung in einer Gemeinschaftsschule ist eine Einheit von inhaltlichen Ansprüchen und einer neuen Kultur des Lehrens und Lernens.	13
4. Die Gemeinschaftsschule ist eine Ganztagschule.	16
5. Demokratische Prinzipien prägen die Arbeit in der Gemeinschaftsschule.	16
6. Veränderungen in der Schulstruktur, in den Bildungswegen und Abschlüssen sind nötig.	17
7. Wie kommen wir zu einer solchen neuen Schule?	19
8. Wir wollen Priorität für Bildung. Das Geld sinnvoll nutzen!	20
9. Die Aus- und Weiterbildung der Pädagoginnen und Pädagogen muss verändert werden.	21
10. Eine umfassende Bildungsreform nicht weiter verschieben!	23

1. Bildung ist ein Menschenrecht – Zum Bildungsverständnis der LINKEN

Freier und gleicher Zugang zu allen Bildungsangeboten ist heute unabdingbare Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen, für die Entfaltung ihrer Persönlichkeit, für ihre Teilhabe am kulturellen Leben und an der Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung sowie für ihr persönliches Wohlergehen. Er muss für alle Menschen, gleich welchen Alters, und ohne Diskriminierung möglich sein. Wir wollen für alle eine Bildung, die das vielseitig entwickelte Individuum im Blick hat, das in der Gemeinschaft grundlegende Bedingungen für seine Entwicklung, aber auch Orientierung für seine Entfaltung findet. Wir wollen die Rolle und Verantwortung des Sozialstaates für die Entwicklung und Bildung der jungen Generation erhalten und verstärken. Wir wollen die Verzahnung von Sozialpolitik, Bildungs- und Jugendpolitik mit dem Ziel, die tiefe Kluft sowohl in den Lebens- und Entwicklungsbedingungen der jungen Generation als auch in ihren Bildungsmöglichkeiten zu schließen und die erforderlichen sozialen Bedingungen für die Durchsetzung gleicher Bildungsmöglichkeiten für alle zu schaffen.

Davon leiten wir unsere bildungspolitischen Ziele ab:

Wir wollen, dass alle Kinder frühzeitig gemeinsam mit anderen Kindern aufwachsen, sich spielerisch in Gemeinschaft entwickeln und lernen können.

Kinder lernen von Anfang an – am besten und am liebsten gemeinsam mit anderen Kindern. Kindertageseinrichtungen fördern ihre Entwicklung zu Selbstständigkeit und Eigenaktivität, sozialer Verantwortung und Toleranz, zum Aufbau ihrer emotionalen und kreativen Kräfte. Beim Spracherwerb sind die ersten Lebensjahre von besonderer Bedeutung. Kindertageseinrichtungen sind Ort vielfältiger Bildungsprozesse. Kinder sollen hier durch ein breites Angebot von Erfahrungsmöglichkeiten wichtiges Grundlagenwissen erhalten. Darum wollen wir, dass alle Kinder vom ersten Lebensjahr an ein uneingeschränktes Recht auf einen Ganztagsplatz in einer Kindertageseinrichtung haben.

Wir wollen, dass möglichst alle Heranwachsenden den erfolgreichen Abschluss der zehnten Klasse erreichen und darauf aufbauend eine weiterführende allgemeine oder berufliche Bildung erwerben können.

Der Hauptschulabschluss, so der Nationale Bildungsbericht 2012, ermöglicht heutzutage kaum einen erfolgreichen Einstieg ins Berufsleben. Die Aussichten, damit eine Lehrstelle und später eine gute Arbeit zu erhalten, sind deutlich schlechter als mit einem mittleren Schulabschluss. Darum bedeutet es eine Beschneidung von Bildungs- und Lebenschancen, wenn ein Teil der Schülerinnen und Schüler nach der vierten oder der sechsten Klasse nur noch mit dem Ziel des Hauptschulabschlusses unterrichtet wird, andere aber auf einen Realschulabschluss oder das Abitur vorbereitet werden. Auch die mangelnde Durchlässigkeit zu höheren Bildungsgängen spricht gegen eine frühzeitige Festlegung auf vermeintlich angestrebte Bildungsabschlüsse. Das hat 2012 eine Studie zum Wechsel zwischen den Schulformen belegt. Wir brauchen darum einen Perspektivenwechsel in der allgemeinbildenden Schule.

Wir wollen, dass mehr junge Leute das Abitur an der allgemeinbildenden Schule erwerben und auch über andere Wege eine Hochschulzugangsberechtigung erlangen.

Die Zahl der jungen Menschen, die eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben und nach Abschluss der allgemeinbildenden Schule oder nach einer erfolgreichen Berufsausbildung ein Studium an einer Hochschule beginnen, ist gegenüber anderen OECD-Ländern gering. Deutschland ist auf das kreative Potenzial seiner Bevölkerung angewiesen, sollen soziale Gerechtigkeit und Wohlstand für alle dauerhaft gewährleistet werden. Die allgemeinbildende Schule hat dafür eine wichtige Voraussetzung zu schaffen, dass sich junge Menschen eine hohe Bildung aneignen und die entsprechenden Abschlüsse erhalten können. Wenigstens zwei Drittel eines Jahrgangs sollten mit dem Schulabschluss eine Hochschulzugangsberechtigung erreichen.

Wir wollen, dass jeder junge Mensch die Möglichkeit hat, einen Beruf seiner Wahl zu erlernen.

Eine solide berufliche Ausbildung auf hohem Anspruchsniveau und ein vollwertiger Berufsabschluss sind nicht nur eine bessere Voraussetzung, einen gut bezahlten Arbeitsplatz zu erhalten, sondern sind auch eine wichtige Grundlage für ein selbst bestimmtes und erfülltes Leben. Kompetenz und Professionalität, die ein erlernter Beruf mit sich bringt, stärken das Selbstbewusstsein der bzw. des Einzelnen und sind wichtig für gesellschaftliches Engagement und Teilhabe.

Wir wollen, dass mehr junge Menschen als bisher ein Hochschulstudium beginnen und erfolgreich abschließen können.

Der Zugang zu Hochschule und Studium muss erleichtert und mehr junge Menschen müssen angeregt werden, diesen Weg auch zu gehen. Studiengebühren sind dafür ebenso hinderlich wie andere Zugangsbeschränkungen. Darum wollen wir, dass nicht nur mehr Schülerinnen und Schülern das Abitur ermöglicht wird, sondern plädieren für einen breiteren Hochschulzugang auch für andere junge Menschen, die einen beruflichen Abschluss erworben haben.

Wir sehen es als erforderlich an, dass Menschen die Möglichkeit haben, nach Schule, Ausbildung und Studium weiter zu lernen. *Nicht nur zur Vervollständigung und Erweiterung beruflicher Kenntnisse oder zur beruflichen Neuorientierung ist Weiterbildung ein wichtiger Schlüssel. Für uns gehören allgemeine und politische Weiterbildung gleichberechtigt in das Spektrum eines demokratischen Selbstverständnisses im Interesse selbstbewusst agierender Persönlichkeiten. Darum wollen wir Angebote und Zugänge zur Weiterbildung in diesem breiten Sinne verbessern.*

Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es eines auch Paradigmenwechsels in Inhalt und Struktur der Schule. DIE LINKE fordert einen Strategiewechsel in der Bildungspolitik hin zu einer Schule für alle. Unsere Gemeinschaftsschule ist eine Schule für alle Kinder.

2. Länger gemeinsam lernen – Worauf begründet sich unser Ansatz?

Die ersten Grundlagen für die Verwirklichung solcher Bildungsziele werden schon vor der Schule gelegt. In unserem Positionspapier »Gute Betreuungsangebote für alle Kinder – ein Beitrag zur frühkindlichen Förderung« haben wir unseren Standpunkt dazu formuliert. Der zweite und zeitlich umfangreichste Bildungsabschnitt ist die allgemeinbildende Schule. Vor allem hier werden die Weichen dafür gestellt, welche Bildungsabschlüsse junge Menschen erreichen können, welche Lebenschancen sie haben werden. Was hier versäumt wird, ist später nur schwer, für viele gar nicht mehr, auszugleichen. Gerade in diesem Bildungsabschnitt aber werden Deutschland im internationalen Vergleich schlechte Noten ausgestellt. Darum gilt der allgemeinbildenden Schule unser besonderes Augenmerk.

2.1. Was kritisieren wir am derzeitigen Bildungssystem?

Die hohe Abhängigkeit des Bildungsweges und des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft in Deutschland ist ein Skandal. In einer Zeit, in der die Verwirklichung vieler individueller Lebensperspektiven einen immer höheren Bildungsstand der Menschen voraussetzt, bedeutet diese Abhängigkeit einen Ausschluss von Lebensperspektiven für jene, die nicht über die sozialen und materiellen Bedingungen für einen erfolgreichen Bildungserwerb verfügen.

Das gegliederte Schulsystem mit seinen zahlreichen Schulformen je nach Bundesland hat sich als ungeeignet erwiesen, diese Misere zu überwinden. Im Gegenteil: Mit der Zuweisung von Bildungsmöglichkeiten und Bildungsinhalten nach Maßgabe vermeintlicher Leistungsfähigkeit bereits in frühem Alter wird die starke soziale Segregation reproduziert und verstärkt. Konservative Bildungspolitik geht immer noch davon aus, dass Menschen nur so viel staatlich finanzierte Bildung zuteil werden soll, wie es für den ihnen zugewiesenen Platz in der Gesellschaft und die Verwertung auf dem Arbeitsmarkt erforderlich erscheint. Diese Zuteilung von Bildung und damit von Lebenschancen kann man bis in die Lehrpläne hinein verfolgen. Frühzeitige Einordnung in unterschiedliche Bildungsgänge mit unterschiedlichen Abschlusszielen, mangelhafter Förderung und vielerorts schlechten Lehr- und Lernbedingungen haben zur Folge, dass Jugendliche die ihnen möglichen Bildungsabschlüsse gar nicht oder erst über Umwege erreichen, sodass ihnen viele Lebenschancen verwehrt bleiben.

Die Durchlässigkeit im gegliederten Schulsystem ist völlig unzureichend ausgeprägt. Es gibt sie vor allem in Richtung niedrigerer Schulabschlüsse. Eine Studie von Prof. Gabriele Bellenberg aus dem Jahre 2012 belegt, dass von allen Kindern und Jugendlichen, die in ihrem Schulleben die Schulform wechseln, 60 Prozent an eine niedrigere Schulform wechseln und nur 27 Prozent der Aufstieg an eine höhere Schulform gelingt. Es muss darauf hingewiesen werden, dass der Wechsel an eine niedrigere Schulform in der Regel keine freie Bildungswegentscheidung der Betroffenen ist und nicht selten als Abstieg empfunden wird. Dabei haben über 40 Prozent der Lehrkräfte an allen Schulformen nach eigenen Angaben ihr Anspruchsniveau in den letzten Jahren senken müssen. Am meisten betrifft dies Lehrende an Haupt- und Realschulen, wie eine Allensbachstudie »Hindernis Herkunft« im April 2013 herausgearbeitet hat. Hinzu kommt: Viele Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule nach wie vor ganz ohne

Abschluss. Im Jahre 2010 erreichten, so der Bildungsbericht 2012, etwa 6,5 Prozent der Schülerinnen und Schüler nicht einmal einen Hauptschulabschluss. Viele verlassen die Schule trotz Abschluss mit einem so schlechten Kompetenzniveau, dass sie keinen Ausbildungsplatz finden können. Die meisten von ihnen landen im Übergangssystem, das keine Garantie für eine spätere erfolgreiche berufliche Ausbildung bieten kann. Das wirkt demotivierend auf die Lernbereitschaft in der Schule. So bekommen laut »Chancenspiegel« nur zwei von fünf Schülerinnen und Schülern mit einem Hauptschulabschluss einen (betrieblichen) Ausbildungsplatz im dualen System. Über 295 000 Jugendliche landeten 2011 im Übergangssystem, in Warteschleifen, in Praktika, ohne zu einem qualifizierenden Berufsabschluss zu kommen (Nationaler Bildungsbericht 2012).

Dieser Zustand ist unhaltbar. Die herrschende Politik hat darum in Auswertung der vielfältigen internationalen Vergleiche und Bildungsstudien einige Reparaturversuche innerhalb des bestehenden Systems unternommen. Auch mit dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung sollen Nachteile beim Bildungszugang, zum Beispiel über die Finanzierung von Lernförderung, ausgeglichen werden. Nach zwei Jahren Laufzeit musste festgestellt werden, dass die erhofften Effekte nicht erreicht werden konnten. Wir bezweifeln nicht, dass dabei für einzelne junge Menschen Fortschritte für die Bildung realisiert werden können. Wir bezweifeln aber, dass diese Flickschusterei an einem überlebten System aus dem 19. Jahrhundert geeignet ist, durchgreifende Veränderungen der Bildungswirklichkeit zu realisieren.

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention hin zu einem inklusiven Bildungssystem kann in einem gegliederten Schulsystem nicht erfolgreich realisiert werden. Die Unzulänglichkeiten an den öffentlichen Schulen des gegliederten Schulsystems spüren auch viele Eltern. Manche wenden sich darum, wenn sie es sich leisten können, vom staatlichen Schulwesen ab und schicken ihre Kinder auf private Schulen, längst nicht mehr nur an private Gymnasien. Diese Entwicklung halten wir für problematisch, ist sie doch Ausweis für die Unzulänglichkeiten des staatlichen Schulsystems. Wir betrachten das Bildungswesen als eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge und wollen darum die öffentliche Schule reformieren und sie gerechter, leistungsfähiger, kindgerechter und zeitgemäßer machen. In fast allen Ländern werden darum seit einigen Jahren die Schulformen unterhalb des Gymnasiums zusammengelegt. Neue Schulformen mit veränderten Profilen entstehen. Die Zusammenlegung von Haupt- und Realschule

unter einem Dach bewirkt aber nicht, dass sich die Bildungschancen der bzw. des Einzelnen verbessern. Die neue Schulform bleibt neben dem Gymnasium die Schule mit geringeren Bildungschancen. Der Hauptschulabschluss bleibt erhalten. Er findet aber längst keine breite gesellschaftliche Anerkennung mehr.

Die sogenannte Zweigliedrigkeit bietet keine Chance zum Umsteuern in einem untauglichen Bildungssystem, sondern verfestigt für Jahre, vielleicht Jahrzehnte, den Spalt zwischen gymnasialer Bildung für die einen und geringerer Bildung für den Rest. Alle negativen Befunde finden sich nämlich jetzt schon auch in Bundesländern, die seit Anfang der 1990er Jahre nach diesem Modell arbeiten. Die soziale Spaltung beim Bildungszugang wird sich so nicht verringern, auch wenn die zusammengelegte Haupt- und Realschule unter dem falschen Segel der vermeintlichen Gemeinschaftsschule daherkommt. Unsere Gemeinschaftsschule ist wirklich ein Angebot an alle Kinder. Sie ist eine inklusive Schule, die Kinder dort abholt, wo sie stehen, und jedem Lernenden individuelle Förderung ermöglicht.

Die jahrzehntelange Verweigerung einer Schulreformdebatte, die nicht in den Schranken der Gliederung verhaftet bleibt, ist nicht nur für die Betroffenen zu einem erheblichen Problem geworden. Diese Verweigerungshaltung ist zugleich ein maßgebliches Hemmnis für die erfolgreiche Entwicklung von Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft. Die Ausgrenzung eines beträchtlichen Teils von Menschen aus dem gesellschaftlichen Leben – aus Arbeit, gesellschaftlicher Teilhabe, Kultur und Bildung – belastet mittlerweile auch die sozialen Sicherungssysteme, den Generationenvertrag und den sozialen Frieden in der Gesellschaft. Die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen dürfen sich darum nicht auf Bildung beschränken, sie sind auch nicht durch eine Bildungsreform zu ersetzen. Eine Reform des Bildungssystems ist jedoch keine zweitrangige Frage, sondern ein bedeutsamer Bestandteil der Gesamtpolitik. Sie ist darum Teil unserer sozialen Agenda.

2.2. Was ist unser Konzept?

Wir wollen eine Schule, die:

- alle Schülerinnen und Schüler mit ihren unterschiedlichen Ausgangslagen akzeptiert und individuell fördert, statt nach vermeintlicher Eignung und Leistungsfähigkeit zu sortieren und auszulesen,

- Verschiedenheit als normal annimmt, als Ausdruck von Vielfalt und Reichtum versteht und kreativ als Ressource zur Entwicklung sozialer Kompetenzen und für gemeinsames Lernen nutzt,
- das Lernen der Schülerinnen und Schüler als aktiven und als individuellen Prozess in den Mittelpunkt stellt und sich nicht auf ein überwiegend frontales Belehren beschränkt,
- sich als Ganztagsschule dem schulischen Umfeld öffnet und vielfältige außerunterrichtliche Bildungsangebote macht und darum zu einem wichtigen Lebensort für Kinder und Jugendliche wird.

Die Idee der Gemeinschaftsschule knüpft am pädagogischen Konzept integrierter Gesamtschulen an, die ebenso Schulen für alle Kinder sind, sich aber derzeit in der übergroßen Mehrzahl den gliedernden Vorgaben der Kultusministerkonferenz unterwerfen müssen und darum ihre Potenziale nicht vollständig entwickeln können. Sie sind für uns aber ein richtiger Schritt auf dem Weg zu einer Schule für alle Kinder.

Die Umgestaltung des Schulsystems kann helfen, die gesellschaftliche Ausgrenzung eines großen Teils der Bevölkerung zu beenden. Ziel ist eine Schule, die alle Kinder und Jugendlichen aufnimmt. Eine solche Schulreform umfasst zum einen eine Reform der Inhalte schulischer Bildung und der pädagogischen Gestaltung der schulischen Arbeit, der Kultur des Lehrens und des Lernens und zum anderen eine grundlegende Umgestaltung der Strukturen des Bildungswesens insgesamt und des allgemeinbildenden Schulwesens im Besonderen.

Wir wollen Schluss machen mit der Praxis, Schülerinnen und Schüler nach sogenannten Begabungstypen zu sortieren und vermeintlich geeigneten Schulformen zuzuweisen. Die Hauptschule ist für uns, trotz aller Bemühungen von Pädagoginnen und Pädagogen, keine erstrebenswerte, weil keine zukunftsfähige Schulform. Der auf den Hauptschulabschluss orientierte Unterricht ist – gleich an welcher Schulform – für viele eine Sackgasse.

Wir gehen davon aus, dass alle Kinder in ihrer Individualität gefördert und zu einem höchstmöglichen Schulabschluss geführt werden können. Dazu brauchen wir ein Schulsystem mit einem inklusiven Bildungsansatz, eine Schule, die alle Kinder, gleich welcher Herkunft, gleich mit welchen Lernvoraussetzungen, optimal fördert. Nachteile sollen, so gut es geht, ausgeglichen werden. In dieser Schule wird es möglich sein, die unterschied-

lichen Begabungen, Talente und Interessen der Kinder zu entdecken und zu fördern, ihnen Raum zur Entwicklung zu geben. Dafür müssen Schülerinnen und Schüler Subjekte des Lernprozesses sein.

Wir sehen im gemeinsamen Lernen mit- und voneinander, im bewussten Umgang mit der Unterschiedlichkeit der Schülerinnen und Schüler eine Chance, von der Kinder mit schwächeren Lernleistungen und schlechteren Lernausgangslagen oder den unterschiedlichen Handicaps ebenso profitieren wie sogenannte leistungsstarke Kinder. Auch besondere Begabungen sind so besser zu entdecken und zielgerichteter zu fördern. Inklusive Bildung ermöglicht den Erwerb sozialer Kompetenzen für alle und auch die Chance für mehr Nachhaltigkeit des Gelernten. Wir wollen Schluss machen mit der Praxis, Kinder mit unterschiedlichen Handicaps auf Förderschulen zu verweisen.

3. Moderne Bildung in einer Gemeinschaftsschule ist eine Einheit von inhaltlichen Ansprüchen und einer neuen Kultur des Lehrens und Lernens.

Die Schule des 21. Jahrhunderts ist eine allgemeinbildende Schule, die einen modernen lebensnahen Unterricht ermöglicht. Die Gemeinschaftsschule gewährleistet eine umfassende Allgemeinbildung für alle Schülerinnen und Schüler. Allgemeinbildung umfasst alle Bereiche des menschlichen Lebens – Natur, Arbeitswelt, Wirtschaft, Politik, Sprachen, Kommunikation, Wissenschaft und Kunst, soziale und ethische Beziehungen, Sport, Freizeit und Familie. Auf der Basis von bundesweit für alle Gemeinschaftsschulen geltenden Mindeststandards für Bildungsinhalte sollen Schulen mehr Freiräume bei der Auswahl der Stoffe, für die Aufnahme zusätzlicher Bildungsinhalte und bei der Entscheidung über die Unterrichtsformen sowie außerunterrichtliche Angebote erhalten, also ihr pädagogisches Profil selbst bestimmen können. Dabei sollen die Schulen größere Entscheidungsrechte über den Einsatz von finanziellen Mitteln und Personal erhalten.

Gemeinschaftsschule ist nicht Gleichmacherei. Sie gewährleistet individuelles Lernen und altersgerechte Förderung. Jeder Mensch ist einzigartig. Jede und Jeder ist in besonderer Weise begabt. Um alle individuellen Begabungen, Talente und Interessen entdecken

und entfalten zu können, bedarf es einer individuellen Förderung und eines zielgerichteten Nachteilsausgleichs. Nachteile für die Teilhabe an Bildung können unterschiedlich begründet sein. Die konkrete soziale Situation der Familie kann dazu gehören, der Bildungshintergrund der Eltern, ein möglicher Migrationshintergrund einer Familie, aber auch Behinderungen und Beeinträchtigungen unterschiedlicher Art. Sogar nicht erkannte Hochbegabungen können den Zugang zu Bildung einschränken. In der Schule in Deutschland wird solchen individuellen Dispositionen oder sozialen Voraussetzungen in der Regel durch die Ausgliederung in getrennte, scheinbar begabungsgerechte Schulformen begegnet. Damit aber verfestigen und verstetigen sich Nachteile mit dem Ergebnis schlechterer Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe. Wir setzen dem eine zielgerichtete individuelle Förderung ohne Einschränkungen entgegen. Das hilft den Starken und den Schwachen. Durch die wissenschaftliche Begleitung des Berliner Schulversuchs Gemeinschaftsschule konnte erstmals nachgewiesen werden, dass durch Gemeinschaftsschulen die Abhängigkeit zwischen der sozialen Herkunft und des Bildungserfolgs aufgehoben werden kann, dass es eine weitestgehende Entkopplung der sozialen Lage in der Kompetenzentwicklung gibt. Darin liegt die Stärke des Gemeinschaftsschulkonzepts.

Gemeinsam lernt man besser. Die Gemeinschaftsschule pflegt eine Pädagogik, die jedes Kind in seiner Individualität wertschätzt, auf Stärken orientiert, statt auf Defizite und sich von einer Vorstellung der Gleichmacherei verabschiedet, nach der in einer Klasse oder Lerngruppe alle zur gleichen Zeit, im gleichen Tempo das Gleiche lernen sollen. In der Gemeinschaftsschule sollen die Vorteile heterogener Lerngruppen für das Lernen erschlossen werden. Darum haben kooperative Lern- und Arbeitsformen in einer Gemeinschaftsschule für uns ebenso ihre Berechtigung wie das Lernen nach individuellen Plänen. In der Gemeinschaftsschule wird in verschiedenen, gleichberechtigt nebeneinander stehenden Arbeitsformen gelernt. Das können z. B. Frontaleinheiten, Kleingruppenarbeit, Einzelarbeit, Projektarbeit und anderes sein. Methoden, die forschendes und entdeckendes Lernen befördern, und jahrgangübergreifendes Arbeiten werden sich für alle Schülerinnen und Schüler als Vorteil erweisen. Gleichzeitig verbessern sich so das Schulklima und die Freude an der schulischen Arbeit für Lehrerinnen und Lehrer sowie für Schülerinnen und Schüler. Die Arbeit in der Gemeinschaftsschule wird sich immer mehr vom 45-Minuten-Takt entfernen. Eine Rhythmisierung des Lernens bietet mehr Möglichkeiten für Schülerinnen und

Schüler, ihr eigenes Tempo zu finden und darum erfolgreicher zu sein. Lehrerinnen und Lehrer sind nicht mehr schlicht Unterrichtsgeber, sondern im besten Sinne des Wortes Lernbegleiter.

Die Gemeinschaftsschule ist eine Schule gemeinschaftlicher Bildungs- und Erziehungsarbeit. Unterricht, weiterführende Angebote im Wahlpflichtbereich und in attraktiven Arbeitsgemeinschaften, Schulsozialarbeit und schulpсихologische Angebote sollen den Rahmen für erfolgreiches Lernen schaffen. Um die Bildungsarbeit intensiver zu gestalten, schlagen wir vor, zusätzlich speziell ausgebildetes pädagogisches Fachpersonal neben Lehrerinnen und Lehrern in der Schule einzusetzen. Individuelle Hilfen im Unterricht und zeitweise Arbeit in kleinen Lerngruppen werden so ermöglicht.

Der Erfolg der Bildungsarbeit soll künftig am Erreichen von Kompetenzen und nicht an abfragbarem, nur für die Prüfung gelerntem Faktenwissen gemessen werden.

Die Gemeinschaftsschule ist eine sozial engagierte Schule. Hier schaut man nicht weg, wenn Schülerinnen und Schüler in ihrem persönlichen und häuslichen Umfeld Probleme haben. Hier wird Solidarität untereinander entwickelt und sozialpädagogische und sozialpsychologische Hilfen werden angeboten.

Die Gemeinschaftsschule ist eine inklusive Schule. Sie schließt Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen und Beeinträchtigungen sowie Kinder unterschiedlicher ethnischer Herkunft von vornherein ein. Alle sollen nach Maßgabe ihrer individuellen Entwicklungsmöglichkeiten gefördert werden. Dafür müssen die notwendigen sächlichen, finanziellen und personellen Voraussetzungen geschaffen werden. Barrierefreiheit gehört unbedingt dazu. Das Fachwissen, das heute an Förderschulen konzentriert sind, sollen in die Gemeinschaftsschule überführt und zudem ausgebaut werden. Förderschulen, allen voran Schulen für Kinder mit Lernbehinderung, sollen künftig der Vergangenheit angehören. Für das Lernen in flexiblen Lerngruppen bedarf es eines angemessenen Einsatzes von Fachlehrerinnen und Fachlehrern sowie von Fachkräften für die Schulsozialarbeit, die schulpсихologische und sonderpädagogische Betreuung. Lerngruppen sollen möglichst klein sein. Dort, wo in Klassen gearbeitet wird, sollten die Klassengrößen 25 Schülerinnen und Schüler, in der Primarstufe 20, nicht überschreiten.

An allen Schulen sollte ein vollwertiges kostenloses Mittagessen für alle Kinder vorgehalten werden. Natürlich müssen die Unterstützungssysteme für Schülerinnen und Schüler, deren Lernvor-

aussetzungen ungünstiger sind, über den gesamten Zeitraum der allgemeinbildenden Schule entwickelt werden. Ein Verweisen von Lernenden in andere Schulformen wird es nicht mehr geben. Es wird den Gemeinschaftsschulen ebenso fremd sein wie das Sitzenbleiben.

4. Die Gemeinschaftsschule ist eine Ganztagsschule.

Gemeinschaftsschulen sind Ganztagsschulen, in denen auch am Nachmittag allen Schülerinnen und Schülern die Einrichtungen der Schule – zum Beispiel Schulbibliotheken und Computerkabine – zur Verfügung stehen. Darüber hinaus sollen auch außerschulische Lernorte einbezogen werden können. Die Schülerbeförderung muss so organisiert werden, dass dies auch möglich ist. Schülerinnen und Schüler sollen sich in kulturellen, sozialen, politischen, künstlerischen und sportlichen Initiativen und Projekten engagieren, und auch dort ihre Begabungen entwickeln können. Die ganztägige Gemeinschaftsschule öffnet sich dem regionalen Umfeld, der Stadt oder dem Stadtteil. Eine gute Schule pflegt zahlreiche Verbindungen zu Vereinen und Verbänden, nutzt kulturelle Angebote der Region und bereichert damit das schulische Profil. Sie nutzt diese Angebote für ein interessantes Schulleben und gibt ihren Schülerinnen und Schülern die Gelegenheit, mit eigenen Ideen im Umfeld der Schule für die Gesellschaft aktiv zu werden. Wir präferieren Ganztagsschulen in gebundener Form mit einem rhythmisierten Schulalltag. Sie sollten schrittweise überall eingeführt werden.

5. Demokratische Prinzipien prägen die Arbeit in der Gemeinschaftsschule.

Die Gemeinschaftsschule ist eine demokratische Schule. Das prägt ihren Inhalt, die Allgemeinbildung und ihre innere Organisation. Schülerinnen und Schüler sollen das notwendige Wissen erwerben, Demokratie erleben, selbst gestalten, demokratisches Handeln erlernen können. Sie brauchen Rechte und Möglichkeiten des Mitgestaltens und Mitentscheidens, was sich durch ein aktiv mitgestaltetes schulisches Leben realisieren lässt. So können Werte und Regeln des demokratischen Zusammenlebens, Verantwortung für eigenes Tun und die Gemeinschaft ausgebildet

werden. So erfahren Schülerinnen und Schüler nicht nur Grenzen, sondern auch, dass durch gemeinsames Handeln Grenzen überwunden werden können.

Die Schulverfassungen sollen demokratischer werden. Alle, die an Schule beteiligt sind, sollen mitreden und mitentscheiden können. Wir wollen eine Schule, in der die Schulkonferenzen drittelparitätlich zusammengesetzt sind. Mitspracherechte sollen darüber hinaus alle an der Schule tätigen pädagogischen Fachkräfte haben. Auch das technische Personal soll sich einbringen können. Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern sollen gleichberechtigt die Gestaltung der schulischen Arbeit bestimmen und nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten mitwirken können.

Schülervertretungen sollen sich mit allen die Schülerinnen und Schüler interessierenden Fragen befassen können. Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler über die Auswahl von Stoffen und Themen, über Arbeitsformen und Unterrichtsgestaltung sowie über die Auswahl weiterer schulischer Angebote mitentscheiden können. Dafür müssen Lehr- und Lernmaterialien in ausreichender Menge und Qualität zur Verfügung stehen. Und es ist erforderlich, dass Lehr- und Lernmittel frei verfügbar sind, freie Software für jede Schule, für Lehrende und Lernende zur Verfügung steht.

Eltern sind bei der erfolgreichen Gestaltung schulischer Arbeit wichtige Partner. Der vertrauensvollen Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule soll darum große Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Mitwirkung der Eltern bei der Qualifizierung schulischer Angebote ist ausdrücklich erwünscht.

6. Veränderungen in der Schulstruktur, in den Bildungswegen und Abschlüssen sind nötig.

Ein inklusives Bildungssystem kann nicht in Konkurrenz zu einem gegliederten System entstehen. Die von uns angestrebte Gemeinschaftsschule soll kein Schultyp neben anderen werden, sondern flächendeckend die »Eine Schule für Alle«.

Die neue Gemeinschaftsschule umfasst die Primarstufe (1–4 oder 6), die Sekundarstufe I (5 oder 7–10) und die Sekundarstufe II (11–12 oder 13). Mindestens bis zum mittleren Schulabschluss sollen alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam lernen.

Wir wollen ein möglichst wohnortnahes Schulangebot sichern, das Prinzip »kurze Wege für kurze Beine« gilt für uns in der Primarstufe in besonderem Maße. Darum sollen Grundschulen möglichst wohnortnah angeboten werden. Wir plädieren für Kontinuität in der Bildung von Klassenstufe 1 bis 10. Wo immer es möglich ist, sollen Primar- und Sekundarstufe in einer Schule nicht nur räumlich, sondern auch organisatorisch zusammengeführt werden. Mindestens aber sollen Grundschulen mit den Schulen der Sekundarstufe I eng zusammenarbeiten.

In der Gemeinschaftsschule werden die Schülerinnen und Schüler nicht in abschlussorientierte Klassen oder Lerngruppen sortiert. Einen besonderen Hauptschulbildungsgang oder entsprechende Kurse wird es also nicht mehr geben, aber auch keine frühzeitige Trennung in einen besonderen Bildungsgang zum Abitur. Die Gemeinschaftsschule ermöglicht alle schulischen Abschlüsse, auch das Abitur. Die Vollzeitschulpflicht beträgt zehn Jahre.

In der Regel am Ende der zehnten Klasse wird ein solider Schulabschluss erreicht. In der Bundesrepublik heißt dieser Abschluss heute meist Realschulabschluss oder Mittlere Reife. Er ermöglicht den Zugang zu allen beruflichen Bildungsgängen. Nach diesem »Mittleren Abschluss« kann eine zwei- bis vierjährige, dem individuellen Leistungsvermögen und der Lerngeschwindigkeit der Schülerinnen und Schüler angepasste Schulphase bis zum Abitur an der Gemeinschaftsschule folgen. Darüber hinaus sind andere Wege zum Abitur, zum Beispiel über doppelt qualifizierende Bildungsgänge, möglich.

Generell bedarf es mit der Errichtung von Gemeinschaftsschulen als flächendeckender Schulform einer Neubestimmung der inhaltlichen Anforderungen an die Hochschulreife. Wir setzen uns dafür ein, dass im Anschluss an die Klasse zehn der Gemeinschaftsschule mehr doppeltqualifizierende Bildungsgänge als gleichberechtigter Weg zum Erwerb der Hochschulreife angeboten werden. Es entspricht den Anforderungen an das Bildungsniveau in vielen heutigen Berufen, dass anspruchsvolle berufliche Ausbildung mit einer hohen Allgemeinbildung verbunden ist. Die Berufsausbildung mit Abitur ist darum nicht nur ein Beitrag zu mehr Durchlässigkeit im Bildungswesen, sondern auch ein Gebot der Zeit.

7. Wie kommen wir zu einer solchen neuen Schule?

Auf Grund der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland haben sich in allen Ländern besondere Strukturen in der Bildungslandschaft entwickelt. Die zahlreichen Beschlüsse der Kultusministerkonferenz schaffen zu wenig Vergleichbarkeit, aber sie zementieren den Grundsatz der Gliederung und bilden insgesamt ein zu enges Korsett für eine durchgreifende Bildungsreform. Für eine grundlegende Bildungsreform im Bereich der allgemeinen Schulbildung müssen darum einengende Bestimmungen der Kultusministerkonferenz aufgehoben werden. Dazu zählt die zwangsweise Gliederung in unterschiedliche Leistungsniveaus und ihre Ausrichtung auf unterschiedliche Abschlüsse. Ein vielerorts eingefordertes bundesweites Bildungsrahmengesetz kann diese Mängel heilen, wenn es auf gliedernde Vorgaben verzichtet und auf der Grundlage einheitlicher Bildungsziele vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten für die Schulen eröffnet.

Wir halten ein stärkeres Engagement des Bundes für einen Übergang zu einer Gemeinschaftsschule in allen Bundesländern für erforderlich. Darum fordert DIE LINKE, Bildungspolitik zur Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern zu machen und das Kooperationsverbot der Föderalismusreform zurückzunehmen, weil es sich als untauglich erwiesen hat. Gleichwohl ist derzeit die Bereitschaft zu solcher Verantwortungsübernahme weder beim Bund noch bei den Ländern hinreichend vorhanden. Die von der Bundesregierung eingeleitete Grundgesetzänderung wird keine Verbesserung für das Schulformchaos der Bundesländer bringen und keinen Beitrag für die Anerkennung und Vergleichbarkeit der Bildungswege und -abschlüsse leisten.

Die Wege zu einer neuen Gemeinschaftsschule in den Bundesländern können verschieden sein. Wir halten jedoch das sogenannte Zwei-Säulen-Modell aus zusammengelegter Haupt- und Realschule und dem Gymnasium nicht für einen geeigneten Weg, weil es die Gliederung des Schulsystems erneut fest schreibt. Derzeit vorliegende Konzepte, die wir unterstützen wollen, zielen auf die Stärkung von Gesamtschulen oder die flächendeckende Einführung neuer gemeinschaftlicher Schulformen, sie verfolgen Schritte der Öffnung hin zu längerem gemeinsamen Lernen über die Öffnung und Umgestaltung der bestehenden Schulen oder auch die Errichtung von Pilotschulen,

die schon nach dem neuen Konzept arbeiten. DIE LINKE befördert alle Wege, die in absehbarer Zukunft die neue Gemeinschaftsschule in ganz Deutschland möglich machen.

8. Wir wollen Priorität für Bildung. Das Geld sinnvoll nutzen!

Es pfeifen seit langem die Spatzen von allen Dächern, dass in Deutschland mehr Geld der öffentlichen Hand für Bildung aufgebracht werden muss. Nach wie vor liegt der Anteil öffentlicher Aufwendungen in die Bildung gemessen am Bruttoinlandsprodukt unterhalb des OECD-Durchschnitts. Das kann in einem so reichen Land nicht länger hingenommen werden. Es kommt also darauf an, die Finanzkraft der öffentlichen Haushalte zu stärken und dafür Sorge zu tragen, dass mehr Geld als bisher in die Bildung fließen kann. Die Aussage, Bildung sei eine Investition in die Zukunft, darf nicht als gefälliger Slogan über die konkreten Finanzierungserfordernisse hinwegtäuschen. Zudem ist das gegliederte Schulwesen nicht billiger als die Gemeinschaftsschule, es ist in der gesellschaftlichen Gesamtrechnung sogar viel teurer. Die Umgestaltung der Schulstruktur in eine Gemeinschaftsschule dient darum auch dem Ziel, die Mittel für das öffentliche Schulwesen, die durch die Länder und die Kommunen aufgebracht werden, mit größtmöglichem Nutzen für alle einzusetzen. Wir gehen zum Beispiel davon aus, dass mit einer Gemeinschaftsschule ein dichteres Schulnetz als mit dem gegliederten Schulwesen vorgehalten werden kann. Kurzfristig sollen durch zurückgehende Schülerzahlen frei werdende Mittel genutzt werden, um die Bedingungen für Bildung weiter zu verbessern. Dazu gehören für uns sanierte Schulgebäude, eine angemessene bauliche Ausstattung sowie die Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln, ausreichendes Lehrpersonal und zusätzliches pädagogisches Personal zur Begleitung der Bildungs- und Erziehungsarbeit. Insbesondere angesichts der Altersstruktur bei Lehrerinnen und Lehrern ist es erforderlich, entschieden mehr Lehrerinnen und Lehrer auszubilden, als das derzeit der Fall ist.

Wir sind der Auffassung, dass alle Schülerinnen und Schüler materielle Bedingungen für einen gleichen Zugang zu Bildung haben müssen. Darum plädieren wir für die kostenlose Bereitstellung von Lehrbüchern und anderen Lehr- und Lernmaterialien sowie eine kostenlose Schülerbeförderung für alle Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen.

Moderne Medien müssen überall in den Schulalltag Einzug halten können. Eine entsprechende Ausstattung aller Schulen und die Bereitstellung entsprechender Lehrmittel und der dazugehörigen Software für Lehrende und Lernende ist darum notwendig. Wir setzen uns für Lehr- und Lernmittelfreiheit ein sowie für einen kostenlosen Zugang und offenen Austausch von digitalen Lehr- und Lernmitteln. Dazu kann unter anderem der Aufbau von »Open Educational Resources« (OER), also den gemeinschaftlich und selbstbestimmt von Pädagoginnen und Pädagogen, Schülerinnen und Schülern und von Studierenden erstellten und frei nachnutzbaren Lehr- und Lernmaterialien einen Beitrag leisten. Dazu ist es notwendig, etwa über ein Förderprogramm des Bundes, OER-Pilotprojekte zu finanzieren, zu koordinieren und die Konzeptionierung wissenschaftlich begleitet.

Wir wissen, dass die öffentlichen Haushalte durch die Finanz- und Steuerpolitik der Bundesregierungen seit vielen Jahren stark belastet worden sind und Haushaltsspielräume stark eingeschränkt wurden. Aus diesem Grunde können auch bei gutem Willen der Verantwortlichen in Parlamenten und Verwaltungen nicht alle diese Forderungen auf einen Schlag umgesetzt werden. Darum brauchen wir einen Bildungspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Wir sind dennoch dafür, jetzt mit der Umgestaltung des Schulwesens zu längerem gemeinsamen Lernen in Gemeinschaftsschulen – gleich wie sie in den Ländern jeweils genannt werden und welche konkreten Wege gegangen werden sollen – zu beginnen. Wir stehen dafür, bei Haushaltsentscheidungen den Fragen der Bildungsfinanzierung durch die öffentliche Hand Priorität einzuräumen und der weiteren Privatisierung von Bildungskosten entgegenzuwirken. Insgesamt sind wir sicher, dass sich die von uns angestrebten Veränderungen in der Schullandschaft in der gesellschaftlichen Gesamtrechnung auszahlen.

9. Die Aus- und Weiterbildung der Pädagoginnen und Pädagogen muss verändert werden.

DIE LINKE hält es für dringend geboten, die pädagogische Ausbildung aller Lehrerinnen und Lehrer, aller Erzieherinnen und Erzieher sowie anderer pädagogischer Fachkräfte zu reformieren. Die jüngst in Gang gesetzte Umstrukturierung in Bachelor- und Masterstudiengänge wird den Erfordernissen in keiner Weise

gerecht. Es kann nicht länger sein, dass angehende Lehrerinnen und Lehrer während ihres Studiums kaum schulpraktische Erfahrungen sammeln können. Die Aufteilung in Fachausbildung auf der einen Seite und pädagogischer Praxis auf der anderen Seite, die zudem noch hauptsächlich in die zweite Phase der Lehrerausbildung verschoben wird, wird dem Anspruch an den Beruf nicht gerecht. Der Beruf der Lehrerin bzw. des Lehrers stellt sehr komplexe Anforderungen an fachliches Wissen und pädagogisches und methodisches Können. Das muss sich in der Ausbildung widerspiegeln. Wir wollen eine Ausbildung, die in allen ihren Bestandteilen von Anfang an und während des gesamten Studiums auf den zukünftigen pädagogischen Beruf ausgerichtet ist. Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher brauchen ebenso solide psychologische wie sozialpädagogische Kenntnisse. Um besser lehren zu können, brauchen sie diagnostische Fähigkeiten und Grundkenntnisse über sonderpädagogische Arbeit. Das erfordert eine Verzahnung von theoretischer und praktischer Ausbildung, von Fachwissenschaft und Pädagogik, Didaktik und Methodik über die gesamte Dauer der Ausbildung hinweg und in der Fortbildung.

Eine Gemeinschaftsschule benötigt keine »Zwei-Klassengesellschaft« im Lehrerberuf, sondern eine gemeinsame Grundausbildung von Lehrerinnen und Lehrern mit einer Spezialisierung für unterschiedliche Schulstufen, für die Primarstufe und die Sekundarstufen.

Es kann auch nicht angehen, dass Absolventinnen und Absolventen nach der ersten Staatsprüfung keine Referendarstelle erhalten. Wer die erste Staatsprüfung erfolgreich absolviert hat, muss einen Rechtsanspruch auf die zweite Phase der Lehrerausbildung haben. Diese soll sich zeitnah an das Studium anschließen.

Gemeinschaftsschulen erfordern eine qualifizierte Fortbildung der Pädagogen in der Schule und den Erfahrungsaustausch zwischen ihnen. Kooperationen mit lehrerbildenden Einrichtungen machen eine wissenschaftliche Begleitung möglich. Für die gezielte Fort- und Weiterbildung sind besondere Fonds zur Verfügung zu stellen.

10. Eine umfassende Bildungsreform nicht weiter verschieben!

Eine umfassende Bildungsreform in Inhalt und Form darf nicht länger aufgeschoben werden. Den Preis für die jahrelange Reformverweigerung zahlen Schülerinnen und Schüler. Eine Schulreform, die zu besserer Bildung und zu mehr höheren Bildungsabschlüssen führt, ist eine Voraussetzung für bessere Berufs- und Lebenschancen junger Menschen, gerade mit dem Blick auf Europa. Der Übergang zu längerem gemeinsamen Lernen in einer Schule für alle Kinder entspricht sowohl moderner pädagogischer Forschung als auch den positiven Erfahrungen vieler europäischer Länder. Eine solche Schulreform erfordert darum, den Blick über den engen bundesdeutschen Tellerrand hinaus zu weiten. Die übergroße Mehrzahl der Länder Europas ermöglicht – bei aller Unterschiedlichkeit der Bildungssysteme – Schülerinnen und Schülern ein längeres gemeinsames Lernen bis zum 14., 15. oder 16. Lebensjahr. Ebenso lohnt es sich, die Erfahrungen der Polytechnischen Oberschule in der DDR neu und kritisch aufzuarbeiten. Nicht zuletzt gilt es, die Erfahrungen der Gesamtschulentwicklung in der BRD gründlich auszuwerten und zu nutzen.

Gemeinschaftsschulen müssen nicht erprobt werden. In Gesamtschulen, insbesondere in jenen, die sich die nötigen Freiräume erkämpft haben, in Finnland und in anderen europäischen Ländern gibt es längst solche Erfahrungen. Selbst in Deutschland erhalten jene Schulen die Schulpreise, die sich in ihrem Schulalltag von inklusiven Ansätzen leiten lassen. In mehreren Bundesländern gibt es bereits Erfahrungen mit Gemeinschaftsschulen. Mitunter mussten sie unter eingeschränkten Rahmenbedingungen arbeiten und sich gegen Widerstände behaupten. Sicher lässt sich beispielsweise das Berliner Modell der Gemeinschaftsschule nicht eins zu eins auf andere Bundesländer übertragen. Es müssen bei der Einführung von Gemeinschaftsschulen auch immer die vorliegenden Voraussetzungen mitgedacht und die notwendigen Rahmenbedingungen und Freiräume für ihre Entwicklung geschaffen werden. Es gibt trotzdem keinen Grund zur Skepsis außer jenem, dass mit einem solchen Schritt Bildungsprivilegien abgebaut, ja gebrochen werden. Das aber wollen wir.

Deshalb brauchen wir eine umfassende demokratische Bildungsreform – jetzt!

Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich,

Name, Vorname

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).
Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programms der Partei DIE LINKE, erkenne die
Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

Weitere Angaben zu meiner Person

Geburtsdatum

Beruf

Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)

Telefonnummer

E-Mail-Adresse

Warst du früher bereits Mitglied einer Partei im Sinne des Parteiengesetzes? Wenn ja, in welcher?

Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt.

Ort und Datum

Unterschrift



Impressum

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE

AG Bildungspolitik

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

E-Mail: partei.vorstand@die-linke.de

V.i.S.d.P. Silke Michels, Steffen Zillich

Stand: Juli 2013

Titelfoto: [iStockphoto.com/vgajic](https://www.iStockphoto.com/vgajic) Rücktitelfoto: [iStockphoto.com/ManoAfrica](https://www.iStockphoto.com/ManoAfrica)

www.die-linke.de



Überreicht durch: